

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/59

26. März 1976

Ein herzliches Willkommen für Sadat

Feststellungen zum Besuch des ägyptischen Präsidenten

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes, Vorsitzender der PV-Kommission für Internationale Beziehungen und Staatsminister im Auswärtigen Amt

Seite 1 und 2 / 59 Zeilen

Benachteiligung von Arbeiterkindern abbauen!

Bildungspolitik muß wieder zur zentralen gesellschaftlichen Aufgabe werden

Von Jürgen Steinert

Senator der Freien und Hansestadt Hamburg und Vorsitzender der Kommission "Politische Bildung" beim Bundesvorstand der SPD-Arbeitgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Seite 3 und 4 / 78 Zeilen

Seltsame Duplizität einer Erfindung

Zwei Zeitungen "berichten" im selben Wortlaut über ein Ereignis, das nie stattgefunden hat

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 5 / 41 Zeilen

Noch krasser Arztmangel auf dem flachen Lande

Jungarzt forderte kostenloses Jagdrevier als Anreiz

Von Otto Schuhmann MdL

Mitglied des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden im bayerischen Landtag

Seite 6 und 7 / 49 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckart

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 409
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 39
Telefax: 08 98 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 86 11

Ein herzliches Willkommen für Sadat

Feststellungen zum Besuch des Ägyptischen Präsidenten

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes, Vorsitzender der PV-Kommission
für Internationale Beziehungen und Staatsminister im Auswärtigen Amt

Der Besuch des Ägyptischen Präsidenten Anwar el Sadat in der Bundesrepublik gibt einer nunmehr seit mehreren Jahren andauernden positiven Entwicklung der deutsch-Ägyptischen Beziehungen Ausdruck. Diese Entwicklung war möglich geworden durch die zunehmende Bereitschaft beider Seiten, mehr Verständnis für die Belange des anderen Partners aufzubringen.

Die SPD/FDP-Koalitionsregierung hat von Anfang an zu erkennen gegeben, daß ihr die Entkrampfung im Verhältnis zu den arabischen Staaten ein besonderes Anliegen war. Dem deutsch-Ägyptischen Verhältnis mußte in dieser Politik notwendigerweise eine Schlüsselrolle zufallen. Heute kann man dieses Verhältnis als normal und freundschaftlich bezeichnen. Dies ist umso bedeutungsvoller, als es sieben Jahre lang, nämlich zwischen 1965 und 1972, keine diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern gegeben hatte. Damals hatte Ägypten die Beziehungen zur Bundesrepublik abgebrochen, weil die von der CDU/CSU geführte Bundesregierung eine Politik betrieben hatte, bei der Aussage und Tatsachen nicht übereinstimmten, und zudem entgegen andersartigen Verlautbarungen Panzer und Kriegsmaterial an Israel geliefert hatte. Hier lag der eigentliche Grund für den Abbruch der Beziehungen und nicht in der Tatsache, daß die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen hatte.

Wesentlich zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen Ägypten und der Bundesrepublik hat die realistische Nahostpolitik von Präsident Sadat beigetragen. Der Gewaltverzicht im Sinai-Entflechtungsabkommen ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer von allen Beteiligten gewünschten friedlichen Lösung des Konflikts. Die Bundesregierung ihrerseits hat im Nahostkonflikt einen Entwicklungsprozeß durchmachen müssen, der zu mehr Verständnis für die besondere Lage der arabischen Staaten geführt hat. Gemeinsam mit ihren europäischen Partnerländern erklärte sie im November 1973, daß die legitimen Rechte der Palästinenser gleichberechtigt neben

den Interessen Israels Beachtung finden müssen. Dies kann in erster Linie durch die Beendigung der Besetzung der von Israel besetzten Gebiete geschehen.

Die Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und Ägypten hat beiden Staaten Vorteile gebracht. Für die Bundesrepublik eine Steigerung im Export (allein 1972 bis 1974 verdoppelten sich unsere Exporte nach Ägypten) und für Ägypten beträchtliche Leistungen der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Kapital- und Entwicklungshilfe. Seit 1972 betragen unsere Leistungen in der Kapitalhilfe und technischen Hilfe rund eine Milliarde DM. 1975 rückte Ägypten nach Indien an die zweite Stelle der deutschen Entwicklungshilfe. Im Rahmen einer internationalen Stützungsaktion zahlen wir 130 Millionen DM an Ägypten.

Die deutsche Industrie zeigt zunehmende Bereitschaft, wieder in Ägypten zu investieren und sich an "joint ventures" unter Einschaltung finanzkräftiger arabischer Ölländer zu beteiligen. Auch die Entwicklung der Zusammenarbeit beider Länder im wissenschaftlich-technologischen Bereich sollte positiv vermerkt werden.

Natürlich kann die Bundesrepublik nicht alle Wünsche unserer ägyptischen Freunde erfüllen. Einen Ersatz für die notwendige arabische Solidarität gegenüber Ägypten, die je auch in zunehmendem Maße geübt wird, können wir nicht leisten. Das betrifft auch das leidige Thema Waffenlieferungen. Unsere ägyptischen Freunde sollten Verständnis dafür haben, daß es uns unsere Politik nicht erlaubt, vom Prinzip der Nichtlieferung von Waffen in Spannungsgebieten im wesentlichen abzuweichen. Das ändert jedoch nichts an unserer Leistungsbereitschaft in anderen Bereichen.

Diese Bundesregierung wird dem Verhältnis zu Ägypten immer eine besondere Bedeutung beimessen. Wir wünschen, daß sich diese positive Entwicklung auch zu anderen arabischen Staaten in der Zukunft noch verstärken wird. Dies wird natürlich von vielen Dingen, nicht zuletzt aber auch vom Verlauf des Besuchs von Präsident Sadat, abhängen. Präsident Sadat ist in unserem Land herzlich willkommen. (-/26.3.1976/ve/e/pr)

+ + +

Benachteiligung von Arbeiterkindern abbauen!

Bildungspolitik muß wieder zur zentralen gesellschaftlichen Aufgabe werden

Von Jürgen Steinert

Senator der Freien und Hansestadt Hamburg
und Vorsitzender der Kommission "Politische Bildung"
beim Bundesvorstand der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Unter der Überschrift "Arbeiterkinder im Bildungssystem" hat das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft eine Analyse vorgelegt, aus der die bildungspolitische Benachteiligung dieses Personenkreises eindeutig hervorgeht. Um nur einige Beispiele zu nennen: Kinder von ungelernten Arbeitern besuchen immer noch zu 94 vH die Hauptschule, zu 12 vH die Realschule und nur zu vier vH das Gymnasium. Kinder von gelernten Arbeitern gehen zu 76 vH zur Hauptschule, zu 15 vH zur Realschule und nur zu neun vH zum Gymnasium. Je größer die traditionellen Bildungsanforderungen also sind, desto geringer ist der Anteil der Arbeiterkinder.

Diese Tatsache und die einseitigen Ansätze, unter denen Bildungspolitik auch heute noch diskutiert und realisiert wird, machen es erforderlich, diesen Bereich wieder stärker als zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitnehmer zu begreifen und auch danach zu handeln. Die Benachteiligung der Arbeiterkinder im Bildungssystem hat die Öffentlichkeit in den letzten Jahren kaum beschäftigt. Für Sozialdemokraten muß das ein Alarmzeichen sein, denn wenn Bildungspolitik in allen möglichen Kommissionen und Zirkeln weiter fast ausschließlich unter dem Aspekt der Hochschulen und Gymnasien behandelt wird, dann gerät sie in die Gefahr, gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung - und das sind die Arbeitnehmer! - ihre Glaubwürdigkeit und ihre Legitimation zu verlieren.

Dieses Thema wird von der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen aufgegriffen unter dem Eindruck der Versäumnisse und Mängel bisheriger Bildungsreform, der gegenwärtigen Wirtschafte- und Arbeitermarktlage, der geburtenstarken Jahrgänge, die die Schule verlassen, und der Notwendigkeit qualifizierter Ausbildung für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung.

Bei dieser stoßen wir auf bildungspolitische Philoophien und Widerstände, die zwar unterschiedlicher Natur sind, im Ergebnis jedoch die gleiche Wirkung haben. Um nur drei Beispiele zu nennen:

1/ Bildungspolitik als gesellschaftliche Befriedungsstrategie. Dahinter verbirgt sich eine allenthalben anzutreffende Ideologie des scheinbar unbegrenzt möglichen sozialen Aufstiege durch Bildung. Dem Tüchtigen stünden alle Türen offen, und wer es nicht schafft, der sei selber schuld. Dem Menschen wird suggeriert, daß das Bildungssystem in Struktur- und Leistungsbewertung gerecht sei, und deshalb habe jeder die Chance. Scheitern be-

deutet vor diesem Hintergrund, daß die Menschen das Scheitern als unabänderliches Versagen empfinden, über das man schamhaft schweigt und woraus man dann auch keine politischen Konsequenzen zieht. Der Versuch aber, gesellschaftspolitische Mängel auf individuelles Versagen herunterzuspielen, bedeutet die Unterdrückung und Manipulierung möglicher Konflikte und Forderungen sowie die Verfestigung der Mängel selbst.

2/ Bildungspolitik als Anpassungsstrategie an scheinbar objektiven Arbeitsmarktforderungen. Im Zusammenhang mit dieser These wird gefordert, daß sich Bildungspolitik stärker am Bedarf des Arbeitsmarktes orientieren müsse. Diese Forderung trifft häufig zusammen mit der These von der Polarisierung der beruflichen Qualifikation, nach der angeblich der Arbeitsmarkt in Zukunft nur Hochqualifizierte einerseits und Hilfsarbeiter andererseits braucht. So gesehen wird das Bildungssystem als Zulieferer für das Beschäftigungssystem und Bildung nur unter dem Aspekt der ökonomischen Verwertbarkeit betrachtet. Die Konsequenzen daraus sind: Einerseits wird damit das notwendigerweise auf Kontinuität und längere Zeitabläufe angelegte Bildungssystem abhängig gemacht von kurzfristigen konjunkturellen Verläufen und den Unsicherheiten des künftigen Arbeitskräftebedarfs, und andererseits führt diese These zu einer unvermeidbaren Reduzierung von Bildung auf einen rein funktionsbezogenen Drill.

3/ Bildungspolitik als wichtiger Hebel zur Gesellschaftsveränderung. Die Meinung, man brauche nur durch Bildung das Bewußtsein der Menschen zu verändern und hätte dann automatisch eine bessere und gerechtere Gesellschaft, wird auch heute noch vertreten. So richtig es ist, daß Bildung gesellschaftsverändernde Kräfte mobilisiert, so falsch ist es aber auch, von der Bildungspolitik allein die Lösung aller Probleme zu erwarten. Die eigentlichen Ursachen für Bildungsdefizite liegen nicht im Bildungssystem, sondern wesentlich in den gesellschaftlichen Bedingungen überhaupt, vor allem in den Bedingungen der Arbeitswelt, aber auch der Familie. Deshalb kann Bildungspolitik nicht isoliert gesehen werden, sondern nur im Zusammenhang und in der Wechselwirkung mit gesellschaftlicher Reformpolitik.

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD hat die politische und moralische Verpflichtung, die Bildungspolitik in der inner- und ausserparteilichen Diskussion aus Einseitigkeiten und Orientierungslosigkeit herauszuholen und auf die Interessen der Arbeitnehmer zu konzentrieren. Was passiert, wenn Arbeitnehmer sich nicht stärker engagieren und Bildungspolitik weiterhin den Vertretern traditioneller Bildungsgeschichten überlassen, ist angesichts begrenzter Ressourcen und zunehmender Konkurrenz mit anderen wichtigen gesellschaftspolitischen Aufgaben nicht auszudenken. Zu befürchten wäre in jedem Fall, daß dann zuerst die Interessen der Arbeiterkinder auf der Strecke bleiben. Die weitere Folge ist Dequalifizierung, Heranwachsen neuer Bildungskasten und Konflikte der Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung insgesamt.

(-/26.3.1976/ve/e/pr)

+ + +

Seltene Duplizität einer Erfindung

Zwei Zeitungen "berichten" im selben Wort-
laut über ein Ereignis, das nie stattgefunden hat

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Dies ist der erataunliche Sachverhalt, den man ohne Übertreibung auch unfasslich nennen könnte: In zwei großen und angesehenen deutschen Regionalzeitungen wurde heute in großer Aufmachung über Vorgänge in einer Sitzung des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei vom vergangenen Montag berichtet, die überhaupt nicht stattgefunden haben. Was die beiden Blätter ihren Lesern über angeblichen Streit und Auseinandersetzungen in diesem Führungsgremium der SPD vorsetzen, ist frei erfunden.

Dieser Vorgang, den die Redaktionen der "Badischen Neuesten Nachrichten" und der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" zu verantworten haben und sicherlich mit der gebotenen Ernsthaftigkeit nachprüfen werden, ist zusätzlich durch einen skandalösen Begleitumstand gekennzeichnet, der zwei altgediente Bonner Zeitungskorrespondenten ins Ziellicht bringt.

In der "WAZ" schreibt deren Bonner Bürochef Willy Zirngibl: "In der SPD ist ein offener Streit über die Wahlkampfstrategie ausgebrochen. Bisheriger Höhepunkt dieser Auseinandersetzung war eine Rede von Bundeskanzler Helmut Schmidt vor dem SPD-Parteivorstand, in der er, wie verlautet, gedroht hat, es könne ein Punkt kommen, an dem man sich fragen müsse, ob man noch mitmachen könne. In seiner dreiviertelstündigen 'Gardinen-Predigt' habe Schmidt scharfe Kritik an einer Reihe innerparteilicher Vorgänge geübt und sich energisch gegen den Vorwurf verteidigt, er gebe der FDP zu viel Spielraum."

In den "Badischen Neuesten Nachrichten" ist von deren Bonner Redaktionsmitglied Jürgen Lorenz zur Einleitung eines gleichartigen Artikels zu lesen: "In der SPD ist ein heftiger Streit über die Wahlkampfstrategie ausgebrochen. Bisheriger Höhepunkt dieser Auseinandersetzung war eine Rede von Bundeskanzler Helmut Schmidt vor dem SPD-Parteivorstand, in der er, wie verlautet, gedroht hat, es könne ein Punkt kommen, an dem man sich fragen müsse, ob man noch mitmachen könne. In seiner dreiviertelstündigen 'Gardinen-Predigt' habe Schmidt scharfe Kritik an einer Reihe innerparteilicher Vorgänge geübt und sich energisch gegen den Vorwurf verteidigt, er gebe der FDP zu viel Spielraum."

Diese - bis auf ein einziges Wort - völlige Identität der Formulierung legt den schlimmen Verdacht nahe, daß es sich bei dieser Verbreitung von falschen Informationen um eine konzertierte Aktion zu Lasten der SPD handelt. Journalistische "Kongenialität" in dieser noch nie dagewesenen Form ist wohl ebenso auszuschließen wie ein Plagiat.

Die Pressefreiheit und journalistische Unabhängigkeit gelten als Grundwerte unserer demokratischen Gesellschaft, deren Sicherung und Inanspruchnahme gleichermaßen eine hohe Verantwortung erfordern und eine Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit bedeuten. Deshalb kann und sollte nicht nur der SPD-Vorstand an einer umgehenden Klärung dieses in mehrfacher Hinsicht ungewöhnlichen und befrämlichen Vorgangs interessiert sein.

(-/26.3.1976/ve/e/or)

+ + +

Noch krasser Arztmangel auf dem flachen Lande

Jungarzt forderte kostenloses Jagdrevier als Anreiz

Von Otto Schuhmann MdL

Mitglied des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden im bayrischen Landtag

Die vom Präsidenten der Bundesärztekammer, Senator Prof. Dr. Sewering, vertretene Ansicht, daß "die Zeit des Mangels an Landärzten vorbei" sei, muß energisch bestritten werden. In einem Bericht vor dem Bayerischen Senat hatte Sewering unlängst verkündet, daß es bei den Ärzten einen "deutlichen Zug in die Peripherie" gebe, wobei dieser Trend durch die guten Einkommensmöglichkeiten für Ärzte auf dem Land verstärkt werde. Die Differenz des Durchschnittsumsatzes einer Münchner und einer niederbayerischen Arztpraxis liege zwischen 50 000 und 60 000 DM im Jahr zugunsten des Landarztes. Sewerings Aussagen gipfelten in dem Satz, daß fast alle freien Plätze für Ärzte auf dem flachen Land, die auf der Bedarfsliste gestanden hätten, inzwischen besetzt seien.

Diese Angaben sind unverantwortliches Wunschdenken. In Oberfranken gibt es noch zahlreiche Fälle krassester ärztlicher Unterversorgung. So in Eberadorf bei Coburg, in Isiling, Burgkunstadt, Altenkunstadt und Ludwigstadt. Die ansässigen Ärzte sind zum Teil restlos überlastet oder haben sich aufgrund der Überlastung bereits selbst geschadet. Wenn ein Arzt aus gesundheitlichen oder anderen Gründen seine Praxis schließen muß, wie z.B. in Eberadorf geschehen, dann bricht die ärztliche Versorgung vollends zusammen. Hier entstehen dann auch unmittelbare Gefahren für Leib und Leben der Bevölkerung.

In Eberadorf, wo der eine von zwei Ärzten wegen Krankheit seine Praxis schließen mußte, sind Wartezeiten von drei bis vier Stunden an der Tagesordnung. Eine individuelle Behandlung ist nicht mehr möglich. Zwei Rentner, die zur Behandlung ihrer Altersleiden Tabletten benötigen, weil der vorhandene Vorrat aufgebraucht war, mußten von acht Uhr morgens bis 12 Uhr mittags warten, ehe sie ohne weitere Konsultation ihre Rezepte in Empfang

nehmen konnten. Sie erreichten gerade noch kurz vor 12 Uhr die Apotheke, um ihre Tabletten abzuholen, bevor geschlossen wurde.

Versuche, neue Ärzte zur Niederlassung in diesen schwach versorgten Gebieten zu bringen, sind entweder gescheitert oder bringen nahezu unannehmbare Forderungen mit sich. So hat in einem Fall ein Arzt kostenfreies Wohnen, mietfreie Praxisräume, ein baureifes Grundstück und andere Annehmlichkeiten verlangt. Den Vogel schoß ein junger Arzt ab, der als Bedingung für eine Praxisöffnung ein kostenloses Jagdrevier zur Verfügung gestellt bekommen wollte. Dazu Altenkunstedte Bürgermeister Hermannedörfer: "Ich kann doch die jetzigen Jagdpächter nicht erschlagen!"

Dies sind Entwicklungen, die man so nicht länger hinnehmen darf. Die bayerische CSU-Regierung, die ja schon vor zwei Jahren von der SPD aufgefordert worden ist, für die ärztliche Versorgung auf dem Lande mehr zu tun, ist gehalten, für die Beseitigung dieser gravierenden Mißstände nachhaltig einzutreten. Das wird aber erschwert, wenn Prof. Sewering vor dem Senat eine völlig falsche Situation schildert.

Es reicht nicht aus, auf die im Bundesrat und Bundestag vorliegenden Gesetzentwürfe und Ordnungsänderungen wie die Änderung des Kassenarztrechts sowie die Schaffung von festen Arztsitzen zu warten, zumal die bayerischen Vorschläge überhaupt nicht ausreichend sind. Die bayerische Regierung muß in solchen Fällen gezielte Anreize schaffen, damit sich Ärzte ansiedeln und darf die Gemeinden und Landkreise nicht gegenüber den hohen Ansprüchen mancher niederlassungswilligen Ärzte allein lassen.

(-/26.3.1976/va/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller